

die Sanktionen gegen den Kriegsverbrecher Wladimir Putin mitträgt. Das ist die Lebensrealität, wie ich sie in Nordrhein-Westfalen erlebe. Ich habe großen Respekt und danke allen, die da klar die Richtung halten. Wir werden unseren Job tun, um die notwendigen Entlastungen zu organisieren,

(Zuruf von Markus Wagner [AfD])

und die Energiewende hin zu Erneuerbaren, unabhängig von fossilen Rohstoffen,

(Zuruf von Markus Wagner [AfD])

so schnell wie möglich zu realisieren. Am Ende werden wir beweisen: Wir in Nordrhein-Westfalen sind stark genug, um ohne Importe von Gas, Kohle und Öl aus Russland wirtschaftlichen Erfolg zu generieren.

(Beifall von der CDU und den GRÜNEN)

Vizepräsident Rainer Schmeltzer: Herzlichen Dank, Frau Ministerin. – Mir liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Somit sind wir am Schluss der Aussprache.

Die antragstellende Fraktion der AfD hat direkte Abstimmung beantragt. Wir kommen somit zur Abstimmung über den Inhalt des Antrags Drucksache 18/987. Wer stimmt dem Antrag zu? – Das ist die AfD-Fraktion. Wer stimmt dagegen? – Das sind die Fraktionen von SPD, Bündnis 90/Die Grünen, CDU und FDP. Der guten Form halber: Enthält sich jemand? – Das ist nicht der Fall. Damit ist der **Antrag Drucksache 18/987** mit dem von mir festgestellten Abstimmungsergebnis **abgelehnt**.

Wir kommen zu:

5 Waldbesitzerinnen und Waldbesitzer unkompliziert unterstützen – Sofortprogramm für forstliche Zusammenschlüsse!

Antrag
der Fraktion der CDU und
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 18/964

Die Debatte wird durch den Kollegen Ritter von der CDU-Fraktion eröffnet.

Jochen Ritter (CDU): Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Der Wald steht auch in dieser Legislaturperiode im Mittelpunkt des Interesses der regierungstragenden Fraktionen, und zwar als Wald an sich sowie als Mittel zum Zweck.

Als Ökosystem ist er Lebensraum für Pflanzen und Tiere, zudem leistet er unverzichtbare Beiträge zur Verbesserung der Luftqualität und zur Regulierung des Wasserhaushalts. Zweckdienlich und uner-

setzlich ist er zudem als Rohstofflieferant, aber auch als Erholungsraum.

In all diesen Dimensionen ist er in den vergangenen Jahren an seine Grenzen gestoßen. Dies gilt allerdings nicht nur für den Wald selbst, sondern auch seine Besitzerinnen und Besitzer arbeiten am Limit, und zwar leider nicht nur im nicht mehr überall grünen Wald, sondern mittlerweile auch am grünen Tisch; denn der Weg zum Fördertopf zur Extremwetter-Richtlinie war bisher kein leichter. Einige Nachweise waren durchaus schwer zu führen. Gleichwohl ist es gelungen, in den letzten drei Jahren über 100 Millionen Euro an den Mann, an die Frau zu bringen.

Die Hürden haben wir zu Beginn dieser Legislaturperiode gesenkt. Die Höhe der diesbezüglichen Förderung richtet sich seit Juni im Wesentlichen nach der Größe der Fläche, über die sich die Kalamität erstreckt. Aus einem ersten Erfahrungsaustausch zwischen den Waldbauern und dem Landesbetrieb Ende August in meinem Wahlkreis habe ich den Eindruck gewonnen, man hätte es sich durchaus noch einfacher vorstellen können, aber man kann damit arbeiten.

Insofern ermutigen wir alle betroffenen Waldbesitzerinnen und Waldbesitzer, diese Hilfe mit einem Gesamtvolumen von immerhin 45 Millionen Euro in 2022 unter den so vereinfachten Bedingungen tatsächlich in Anspruch zu nehmen.

Anders sieht es noch bei der Rundholzvermarktung und bei der Beförderung aus. Auf beiden Feldern hatte der Landesbetrieb quasi ein Monopol. Aus beiden hat er sich aus kartell- und beihilferechtlichen Erwägungen zurückgezogen.

Holz wird nunmehr entweder individuell oder über forstwirtschaftliche Vereinigungen vermarktet. Die Beförderung wird im Wettbewerb vergeben und auf Antrag direkt gefördert. Diese Umstellung hätten wir den Waldbesitzerinnen und Waldbesitzern lieber in einer Zeit abverlangt, in der sie nicht alle Hände voll mit den Folgen von Sturm, Dürre und Borkenkäfern zu tun haben, allerdings waren die zeitlichen Spielräume eng.

In der Regel setzt sich nicht jeder einzeln damit auseinander, sondern als Mitglied eines forstwirtschaftlichen Zusammenschlusses. Forstbetriebsgemeinschaften fungieren, wie wir in der CDU-Fraktion neuerdings gerne sagen, nur als Pars pro Toto. Waldgenossenschaften und Zweckverbände gehören zum vollständigen Bild auch dazu.

Geteiltes Leid ist für die einzelnen Mitglieder oder Anteilseigner halbes Leid, allerdings ballt sich dies dann in den Vorständen. Sie ächzen unter der Last des diesbezüglichen zusätzlichen Aufwandes, zumal sie ehrenamtlich arbeiten und, auch das kommt dazu, nicht selten in einem Alter sind, in dem man nicht unbedingt auf Neuerungen scharf ist. Unter den ge-

gebenen Umständen Nachwuchs zu gewinnen, um Verantwortung in diesen Zusammenhängen zu übernehmen, ist auch kein Selbstläufer.

Deshalb haben viele die Geschäftsführung bereits in externe professionelle Hände gelegt, allerdings mit Kosten, die auf Dauer schwerlich zu tragen sind – insbesondere dann, wenn der Holzeinschlag zur Neige geht, weil bald kaum noch Wald da ist.

So geraten bewährte Strukturen in Schwierigkeiten. Diese wollen wir nicht auf Gedeih und Verderb schlicht konservieren, sondern ihnen ermöglichen, sich in zeitgemäßer, vielleicht sogar konsolidierter Verfassung an die neuen Rahmenbedingungen anzupassen, ohne zu brechen. So habe ich auch Frau Ministerin Gorißen auf dem Waldbauerntag in Werl verstanden. Strukturwandel und Transformation gibt es auch und gerade im Wald. Wir wollen ihn gestalten.

(Beifall von der CDU – Vereinzelt Beifall von den GRÜNEN)

Auf diesen Prozess soll dann eine Förderung aufgesetzt werden, die sich an der Größe der forstwirtschaftlichen Zusammenschlüsse orientiert, und zwar in erster Linie an der Fläche, aber auch an der Anzahl der Mitglieder; denn beides sind Faktoren, die den Aufwand wesentlich beeinflussen. Darauf hat nicht zuletzt der ehemalige Kollege Rainer Deppe, ein leidenschaftlicher Streiter für den Wald, bereits im April in seiner letzten Rede im Parlament zu Recht hingewiesen.

Wir wünschen uns eine Unterstützung von überschaubarer Komplexität, damit die Adressaten sich wieder mehr um das kümmern können, was ihnen und uns besonders am Herzen liegt: den Wald. – Vielen Dank.

(Beifall von der CDU und den GRÜNEN)

Vizepräsident Rainer Schmeltzer: Herzlichen Dank, Herr Kollege Ritter. – Für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen hat jetzt der Kollege Dr. Kaiser zu seiner ersten Plenarrede das Wort.

(Beifall von den GRÜNEN und der CDU)

Dr. Gregor Kaiser (GRÜNE): Herr Präsident! Meine Damen und Herren Kollegen und Kolleginnen der demokratischen Fraktionen! Herr Kollege Ritter hat es gerade schon gesagt: Der Wald ist in aller Munde. Vor allem zwei Themen bestimmen die Debatten: die Borkenkäfer und die absterbenden Bäume auf der einen Seite und auf der anderen Seite die Idee, mehr mit Holz zu bauen, um CO₂ dauerhaft einzulagern. Aber die Schwierigkeiten und Probleme liegen tiefer.

In NRW gibt es rund 150.000 Waldbesitzerinnen und Waldbesitzer, im weit überwiegenden Teil mit Klein-

und Kleinstwaldbesitz bis zu 30 ha. In den 1970er Jahren haben in ganz NRW sogenannte Forstbetriebsgemeinschaften gegründet, die es insbesondere diesen kleinen Waldbesitzerinnen und Waldbesitzern ermöglichen, den Wald gemeinsam zu bewirtschaften, sich um die Wege zu kümmern und mit den Förstern und Försterinnen zusammenzuarbeiten.

Diese zuständigen Förster und Försterinnen waren bis vor wenigen Jahren fast ausschließlich dem Landesbetrieb Wald und Holz zugeordnet. Der Landesbetrieb war der Ansprechpartner in der Fläche für forstliche und waldbauliche Fragen. Die Forstbetriebsgemeinschaften trugen 25 % der Beförsterungskosten über die sogenannte Entgeltordnung, den Rest zahlte das Land durch die sogenannte indirekte Förderung. Das lief nicht immer reibungslos, aber häufig gut. Die Arbeit für die Zusammenschlüsse war überschaubar und gut im Ehrenamt zu leisten.

Doch durch die Umstellung auf die direkte Förderung änderte sich dies seit 2019 schlagartig. Das klang vorhin auch schon an. Selbst Vorstandssitzungen waren in 2020 aufgrund von Corona nicht mehr möglich. Seit Anfang 2022 mussten sich alle Forstbetriebsgemeinschaften die Frage stellen, wie und durch wen sie befördert werden möchten.

Doch was heißt das ganz konkret? – Ich darf Ihnen vielleicht ganz kurz aus der Praxis berichten; denn ich habe zehn Jahre lang als Geschäftsführer die Geschicke einer Forstbetriebsgemeinschaft mitgeleitet und die Umstellung auf die direkte Förderung vorbereitet und auch umgesetzt – im Ehrenamt wohlgemerkt; neben Familie, Betrieb und Kommunalpolitik.

Was war nötig? Viele Informationsveranstaltungen wurden für die Verantwortlichen organisiert, um überhaupt das System zu verstehen, – teilweise aber mit wenig hilfreichen Ergebnissen.

Im konkreten Prozess mussten drei Vergleichsangebote von Anbietern eingeholt werden, die die Beförderung machten. Die Angebote mussten ausgewertet werden. Auswahlgespräche und Mitgliederversammlungen mussten zur Entscheidung durchgeführt werden – unter Coronabedingungen. Danach: Förderantragstellung, monatliche Abrechnung und Unterscheidung zwischen Betrieben, die pauschalierend und optierend sind – das ist im Grunde genommen das Metier von Simon Rock –, Umsatzsteuererklärungen, Steuerberatung, Einführung von Verwaltungssoftware, Zwischenberichte und Kontrollen, etc., etc.

Sie sehen: Ein umfassendes Programm für die Leute im Ehrenamt. Für die Vorstandsmitglieder ist das nicht zu bewältigen – und das dann, wie gesagt, auch noch unter Coronabedingungen.

Die Waldbesitzenden haben die Hände über dem Kopf zusammengeschlagen. All das kommt zusam-

men mit der Klimakatastrophe im Rücken und vor den Augen, Borkenkäfern, Stürmen und massiven Wert- und Einkommensverlusten bei vielen Waldbesitzern und Waldbesitzerinnen sowie den Forstbetrieben.

Die Frustration der Menschen, die gerne im und mit dem Wald arbeiten, ist grenzenlos. Dazu kommt dieser Verwaltungsaufwand, der teilweise 20 Stunden pro Woche in Anspruch nimmt.

Die Folge: Die Waldbesitzerinnen kehren den Forstbetriebsgemeinschaften und auch den Waldgenossenschaften den Rücken. Viele Forstbetriebsgemeinschaften haben gar keine Beförderung mehr, weil ihnen der Aufwand zu hoch ist.

Diese Zusammenschlüsse sind jedoch das wichtigste Element, um im ländlichen Raum die Zusammenarbeit der Waldbesitzenden zu stützen, zu stärken und den Wald als Lebens- und Wirtschaftsraum zu erhalten.

(Beifall von den GRÜNEN und der CDU)

Wir brauchen diese Forstbetriebsgemeinschaften. Die 2.000 Euro, die bisher einmalig beantragt werden konnten, sind zu wenig, und sie waren auch noch an die konkreten Mehraufwendungen im Rahmen der direkten Förderung gekoppelt.

Daher ist dieser Schritt, den wir mit diesem Antrag heute gehen, so wichtig. Es ist ein einfaches Förderprogramm für die Geschäftsführungen in den FBG, das bürokratiearm und mehrjährig angelegt ist; denn nur so können diese weiterarbeiten, sich wieder konsolidieren und sich auf den Weg machen, die Zukunft im Wald zu gestalten.

(Beifall von den GRÜNEN – Vereinzelt Beifall von der CDU)

Wir wollen die Zusammenschlüsse erhalten, weiter arbeitsfähig machen und versuchen, all diesen Waldbesitzerinnen und Waldbesitzern auch wieder Freude am Wald und an der Waldverwaltung zu machen. – Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall von den GRÜNEN und der CDU)

Vizepräsident Rainer Schmeltzer: Herzlichen Dank, Herr Kollege Dr. Kaiser, und herzlichen Glückwunsch zu Ihrer ersten Plenarrede. – Zu Ihrer ersten Plenarrede rufe ich jetzt für die SPD-Fraktion Frau Kollegin Kahle-Hausmann ans Rednerpult.

(Vereinzelt Beifall von der SPD)

Julia Kahle-Hausmann (SPD): Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen der demokratischen Fraktionen! Ich fange mal pathetisch an: Der Wald ist in Deutschland ein Symbol der nationalen Identität geworden. Zahlreiche Mythen von

Literaten und Musikern ranken sich um knapp 30 % der gesamten Fläche Deutschlands, davon über 900.000 ha in Nordrhein-Westfalen. In ihren Worten ist der Wald kühl, dunkel, voller edler Wildtiere und mächtiger Baumriesen, und wenn man ganz still ist, sagen einem Fuchs und Hase gute Nacht.

Die Realität sieht jedoch bedeutend anders aus. Unsere Wälder brennen mehrfach im Jahr. Die Baumkronen werden immer lichter. Baumriesen gibt es dank Borkenkäfer und Dürre kaum noch. Und das edle Wildtier richtet häufig unglaublichen Schaden unter den neuen Trieben an. Der Klimawandel zieht bereits jetzt breite Schneisen in unsere Vorstellungen von einem intakten Wald, und die Borkenkäferkalamitäten und Waldbrände in den letzten Jahren sind nur ein Vorgeschmack dessen, was uns vermutlich in den nächsten Jahren blüht.

Darum müssen wir jetzt handeln und endlich eine konsequente Klimafolgenanpassung auch im Wald umsetzen.

(Beifall von der SPD)

Das bedeutet viel handwerklichen Einsatz für die Aufforstung, und das bedeutet viel finanziellen Einsatz für den Umbau resilienter Waldflächen. Hier kommen wir schnell an einen Engpass.

Sie haben recht: NRW ist ein Land der Kleinstwaldbesitzer. Neben den Großgrundbesitzern, die einige Zehntausend Hektar bewirtschaften, gibt es eine sehr große Anzahl von Kleinwaldbauern, die häufig überraschend Waldbesitzer wurden. Das sind keine Menschen, die seit jeher ihr Geld mit der Forstwirtschaft verdienen. Das sind Menschen, die häufig vorher mehr Buchsbäume als Buchen gepflegt haben und mehr über Lilien wussten als über Lärchen. Jetzt müssen sie sich um einen Wald kümmern – und das im schlimmsten Fall auch noch weit weg von ihrem Wohnort.

Die forstwirtschaftlichen Betriebsgemeinschaften sind als Unterstützung für diese und mit diesen Eigentümern unabdingbar, wenn wir wollen, dass unser Privatwald fachlich und ökologisch korrekt bewirtschaftet wird und elementare Dinge wie die Verkehrssicherung gewährleistet sind.

Die indirekte Förderung hat über viele Jahre sicher gestellt, dass Landesbetrieb, Waldbesitzer und Land an einem Strang ziehen konnten. Diese Zeiten sind vorbei, und es ist wichtig und richtig, die Forstbetriebsgemeinschaften jetzt bei der Umstellung auf die direkte Förderung zu unterstützen.

(Beifall von der SPD)

Durch die Umstellung auf die direkte Förderung sind die bürokratischen Wege deutlich schwieriger und zeitaufwendiger geworden. Die vielfach ehrenamtlichen Kräfte können nicht allen Ansprüchen gerecht werden. Wir haben es gerade von dem Grünen-

Kollegen gehört. Sie sehen häufig buchstäblich den Wald vor lauter Bäumen nicht mehr.

Der Antrag von Schwarz-Grün möchte hier unterstützen, und das finden wir richtig und gut, denn ohne die kleinen Privaten genauso auf die Reise der Klimafolgenanpassung mitzunehmen wie die Großen wird es in Zukunft nicht klappen. Deshalb werden wir zustimmen, wenn es um die Evaluierung und Vereinfachung der Förderpraxis geht, und gehen auch mit den Zielen des neu aufzulegenden Förderprogramms konform. Allerdings fehlt uns bei diesem Ansatz die Erhebung der tatsächlichen finanziellen Bedarfe der Anspruchsgruppen. Wie enttäuscht werden die Forstbetriebsgemeinschaften sein, wenn ein Tropfen auf den heißen Stein gefördert wird? Wie froh wird der Bund der Steuerzahler sein, wenn eine Art Selbstbedienungstopf entsteht?

Ihr Verweis auf die bereiten Mittel ist da doch etwas sehr vage gehalten. Sehr gerne hätten wir im Ausschuss darüber diskutiert und den Rahmen zwischen Must-have und Wunschkonzert ermittelt, in dem sich das neue Förderinstrument bewegen soll. Leider bekommen wir dazu ja keine Gelegenheit. Nachdem schon über die Umwelt-Schecks ohne Überweisung abgestimmt wurde, hoffe ich, dass dieses Verfahren nicht zur schlechten Gewohnheit der Regierungsfractionen wird.

(Vereinzelt Beifall von der SPD)

Wir stimmen hier doch indirekt über Haushaltsmittel ab, ohne dass dem Fachausschuss die Möglichkeit gegeben wird, intensiver nachzufragen und zu diskutieren. Die Geschäftsordnung gibt dieses Verfahren zwar her, aber gute parlamentarische Praxis sieht doch anders aus. – Vielen Dank.

(Beifall von der SPD)

Vizepräsident Rainer Schmeltzer: Herzlichen Dank, Frau Kollegin Kahle-Hausmann, und auch Ihnen herzlichen Glückwunsch zu Ihrer ersten Plenarrede.

Nicht seine erste Plenarrede hält jetzt für die FDP-Fraktion der Kollege Brockes.

(René Schneider [SPD]: Die Tausendste! – Zurufe: Die erste zum Wald!)

Dietmar Brockes* (FDP): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Es ist in der Tat meine erste Rede zum Wald.

(Heiterkeit – Beifall von der FDP und der CDU)

Da möchte ich auch direkt betonen: Der Wald in Nordrhein-Westfalen ist Wirtschaftsraum, er ist Lebensraum für Tiere und Pflanzen und eben auch Erholungsraum für 18 Millionen Menschen. Der Anteil des Waldes in Privatbesitz ist mit rund 590.000 ha in

Nordrhein-Westfalen im Vergleich zu anderen Bundesländern außerordentlich hoch. Dabei handelt es sich um viele private Waldbesitzerinnen und Waldbesitzer, die durchschnittlich etwa 4 ha bewirtschaften. Für eine moderne Forstwirtschaft in Nordrhein-Westfalen sind der Erhalt von Wirtschaftswäldern sowie ein nachhaltiges Wirtschaften mit Holz unabdingbar.

Als Freie Demokraten haben wir in Regierungsverantwortung die finanzielle Unterstützung für den Wald von 2017 bis zum Haushaltsjahr 2022 auf 72,4 Millionen Euro gesteigert. Insgesamt wurden in diesem Zeitraum 230 Millionen Euro an Fördermitteln für den privaten und kommunalen Waldbesitz bereitgestellt.

Die Umstellung von der indirekten Förderung auf die direkte Förderung bedeutete für die Waldbesitzerinnen und Waldbesitzer zusätzlichen Aufwand. Das ist bereits erwähnt worden. Die Einführung der direkten Förderung war aber sowohl wettbewerbsrechtlich als auch beihilferechtlich unumgänglich. Als Alternative erhalten forstwirtschaftliche Zusammenschlüsse die Möglichkeit, einen Dienstleister zu beauftragen und hierfür eine Förderung in Höhe von bis zu 80 % der zuwendungsfähigen Ausgaben zu erhalten.

Mit uns Liberalen in Regierungsverantwortung wurde bereits im Juli 2019 mit der Informationsplattform www.waldbauernlotse.nrw eine zentrale Plattform geschaffen. Auf dieser stehen den forstwirtschaftlichen Zusammenschlüssen alle notwendigen Unterlagen und weitgehende Informationen zum Einstieg in die direkte Förderung zur Verfügung.

Anfang April dieses Jahres haben wir mit unserem Antrag „Holzland Nordrhein-Westfalen“, Drucksache 17/16910, die Weichen gestellt, um die forstwirtschaftlichen Zusammenschlüsse auch nach der Umstellung auf die direkte Förderung so zu unterstützen, dass sie ihre Aufgabe entsprechend der Bedeutung des Waldes mit der erforderlichen Professionalität erfüllen können. Dabei sollte neben der bewirtschafteten Waldfläche auch die Zahl der Mitglieder Berücksichtigung finden.

Dabei wollen wir die Waldbesitzerinnen und Waldbesitzer auch weiter unterstützen. Ziel muss sein, die direkte Förderung praxisorientiert und bürokratiearm umzusetzen.

Die Forstbetriebsgemeinschaften haben vielerorts noch mit veralteter EDV zu kämpfen. Eine Förderung zur Erneuerung der EDV für ein effizientes Arbeiten unterstützen wir daher natürlich.

Wir stehen an der Seite der über 150.000 Waldbesitzerinnen und Waldbesitzern – eben hat der Kollege Kaiser von 170.000 gesprochen – in Nordrhein-Westfalen. Sie leisten mit ihrer nachhaltigen und vielfältigen Bewirtschaftung einen großen Beitrag zum Erhalt der Biodiversität, zum Klimaschutz sowie zum nachhaltigen Bauen.

Wir als FDP-Landtagsfraktion haben angekündigt, eine kritisch-konstruktive Oppositionsarbeit zu leisten. Aus unserer Sicht ist dieser Antrag mit den genannten Forderungen wichtig und richtig. Deshalb werden wir ihm zustimmen. – Vielen Dank.

(Beifall von der FDP und der SPD – Vereinzelt Beifall von den GRÜNEN)

Vizepräsident Rainer Schmeltzer: Herzlichen Dank, Herr Kollege Brockes. – Für die AfD-Fraktion spricht jetzt der Abgeordnete Keith.

Andreas Keith (AfD): Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! „Standhaft wie eine deutsche Eiche“ – so bezeichnet der Volksmund Personen, die fest zu ihrer Meinung stehen und diese unbeirrt verteidigen.

Ja, es gab auch in diesem Landesparlament eine deutsche Eiche – wir haben den Namen eben schon gehört –: den ehemaligen Abgeordneten Deppe von der CDU. Über fünf Jahre hat der Kollege für die CDU gebetsmühlenartig die Fehler der Vorgängerregierung benannt. Nur gemerkt, dass er sie längst selbst wiederholt, hat er nicht.

Seit 2005 ist bekannt, dass der Landesbetrieb Wald und Holz NRW nicht kartellrechtskonform arbeitet. Seit 2005! Was hat Herr Deppe im Umweltausschuss Tacheles geredet; ich kann mich noch gut erinnern. Im Koalitionsvertrag habe man das Thema ja benannt, tönnte er und kündigte an, man wolle nun einen kartellrechtskonformen Zustand herstellen, und zwar – Zitat – im kommenden Jahr. Potz Blitz! Na gut, das war am 6. Dezember 2017, also vor fünf Jahren.

Vor fast fünf Jahren dann schob Herr Deppe die Verantwortung auf den ehemaligen grünen Minister Remmel, nur um dann noch in derselben Sitzung für eine Entgeltordnung zu werben, die kartellrechtswidrig ist. Die CDU, um fantasievolle Namensgebungen nie verlegen, nannte es liebevoll „Fortschreibung“ –

(Dr. Ralf Nolten [CDU]: War es ja auch!)

und nur für ein Jahr, versteht sich. Alle Fraktionen haben ihre Zustimmung gegeben. Nur die AfD hat Bedenken geäußert. Zitat des damaligen Abgeordneten: „Es gibt ein Problem mit den Vorgaben des Bundeskartellamts. Letztlich bleibt die Problematik bestehen.“

Und siehe da: 2018 folgte der Wortbruch. Da legte die schwarz-gelbe Landesregierung erneut eine Entgeltordnung vor, die erneut kartellrechtswidrig war. Diesmal plädierte – Sie ahnen es bereits – der Abgeordnete Deppe im Namen der CDU für die Verlängerung der Verlängerung, aber nicht um ein Jahr, sondern gleich um zwei Jahre.

Wieder gaben alle Fraktionen ihre Zustimmung – bis auf die AfD.

Ein Jahr später ...

(Zuruf von Norwich Rüße [GRÜNE])

– Ganz ruhig! Ich komme auch noch zu Ihnen. Man muss es ja mal kurz erklären, was da alles passiert ist.

(Zurufe von der CDU und den GRÜNEN)

– Die Menschen draußen müssen ja wissen, welchen Blödsinn Sie hier machen. Sie reden heute über einen Antrag, den wir vor fünf Jahren schon längst hätten abarbeiten können, was Sie aber nicht getan haben. Deswegen bedarf es der Aufklärung.

(Zurufe von der CDU)

Ein Jahr später – man kommt sich inzwischen vor wie beim Murreltag – legte uns Schwarz-Gelb, wie angekündigt, erneut eine kartellrechtswidrige Entgeltordnung vor, und erneut stimmte die AfD dagegen.

(Dr. Ralf Nolten [CDU]: Was wäre denn die Alternative gewesen, Herr Keith? – Zuruf von Norwich Rüße [GRÜNE])

Und was tat die CDU 2020? Sie tat das Gleiche noch mal, aber dieses Mal soll es wirklich das letzte Mal gewesen sein. Großes Politikerehrenwort! „Das ist ja nicht unsere Schuld“, ich zitiere Herrn Deppe, sieben Jahre lang habe die Vorgängerregierung das Thema verschleppt.

Immerhin gab es eine klitzekleine Überraschung, und zwar haben sich die Grünen enthalten. Besser spät als nie!

Liebe CDU, Sie hatten fünf Jahre Zeit, einen, wie Herr Deppe selbst immer wieder eingefordert und in Aussicht gestellt hatte, kartellrechtskonformen Zustand herzustellen. Stattdessen legen Sie uns heute diesen Antrag vor, der feststellt, dass die vielfältigen Probleme im Wald für die Waldbesitzer eine Herausforderung sind. Potz Blitz, wer hätte das gedacht?

(Norwich Rüße [GRÜNE]: Gehen Sie auf den Antrag ein! – Zuruf von Dr. Ralf Nolten [CDU])

Er stellt fest, dass Forstbetriebsgemeinschaften einen wertvollen Beitrag zur Waldwirtschaft leisten. Das ist doch klar bei 63 % Privatwald und 150.000 Privatwaldbesitzern. Wer sonst soll denn diesen Beitrag leisten?

Und er stellt fest, dass die bisherigen Fördersätze nicht ausreichen und in ihrer Ausgestaltung zu kompliziert sind. „Na endlich“, werden sich jetzt alle Forstbetriebsgemeinschaften sagen, nachdem Herr Deppe ganz im Sinne der deutschen Eiche die Schuld in den letzten Jahren eher bei den Forstbetriebsgemeinschaften gesehen hat,

(Dr. Ralf Nolten [CDU]: Stimmt doch nicht!)

die sich nicht auf den Weg gemacht und sich auch nicht ausreichend bemüht hätten.

Nun stellt die CDU fest, dass es vielleicht doch nicht an den Forstbetriebsgemeinschaften liegt, sondern das Verfahren schlichtweg zu kompliziert ist. Aber anstatt dieses uralte Problem nun in den ersten 100 Tagen der Regierungszeit zu lösen, lässt die Landesregierung die regierungstragenden Fraktionen so einen Schaufensterantrag schreiben, der in seinem ersten Punkt ...

Vizepräsident Rainer Schmeltzer: Die Redezeit.

Andreas Keith (AfD): ... zur Evaluierung der einzuführenden Maßnahmen nach Einführung auffordert. Sie haben aber ein Riesenvertrauen in Ihre eigene Landesregierung!

Letzter Satz, Herr Präsident. Wir enthalten uns, da wir leider das Schlimmste befürchten, aber im Sinne unserer Waldbauern auf das Beste hoffen. – Vielen Dank.

(Beifall von der AfD – Zuruf von der SPD)

Vizepräsident Rainer Schmeltzer: Herzlichen Dank, Herr Abgeordneter Keith. – Für die Landesregierung spricht Ministerin Gorißen.

Silke Gorißen, Ministerin für Landwirtschaft und Verbraucherschutz: Sehr geehrter Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Der Zustand der nordrhein-westfälischen Wälder ist besorgniserregend. Niemals zuvor haben natürliche Ereignisse wie Sturm, Dürre oder Borkenkäfer Schäden in solch einem Umfang verursacht, wie wir sie erleben. Niemand kann bestreiten, dass dies eine unmittelbare Folge des menschenverursachten Klimawandels ist.

Nach den aktuellsten Erhebungen gehen meine Fachleute von deutlich mehr als 40 Millionen m³ Schadholz und einer Schadfläche von mehr als 130.000 ha aus. Angesichts dieser Dimensionen ist die Unterstützung des Waldbesitzes dringlicher denn je.

Das betrifft aber nicht nur die Hilfe bei der Bewältigung der Waldschäden, sondern auch die fachliche und finanzielle Begleitung des wettbewerbsrechtlich zwingend notwendigen Transformationsprozesses.

Die Umstellung von der indirekten auf die direkte Förderung stellt den Waldbesitz vor enorme Herausforderungen. Glücklicherweise ist ein Großteil unseres Klein- und Kleinstprivatwaldes schon seit vielen Jahrzehnten in forstwirtschaftlichen Zusammenschlüssen organisiert, zumeist in Forstbetriebsgemeinschaften. Diese sind unabdingbar für eine ordentliche Bewirtschaftung des Waldes und helfen bei der

Überwindung der Nachteile des kleinstrukturierten Besitzes, der nun einmal kennzeichnend für den Privatwald in Nordrhein-Westfalen ist.

Ich möchte ergänzen, dass auch die meisten Kommunen Mitglied in einer Forstbetriebsgemeinschaft sind, da deren Waldbesitz zu klein für eigenes Forstpersonal ist.

Kommunale Forstbetriebe übernehmen in einigen Zusammenschlüssen die wichtige Rolle eines sogenannten Ankerbetriebs, der für die anderen Mitglieder Synergieeffekte erzeugt. Stand heute haben 95 % aller förderberechtigten Zusammenschlüsse entweder schon die Bewilligung erhalten oder einen Antrag gestellt, der dann schnellstmöglich bearbeitet wird.

Ja, die Umstellung auf die direkte Förderung war und ist eine erhebliche Belastung für alle Beteiligten, gerade in Krisenzeiten wie diesen. Umso mehr ist die weitere Unterstützung der forstwirtschaftlichen Zusammenschlüsse erforderlich. Dabei geht es in erster Linie um eine Professionalisierung der Zusammenschlüsse – insbesondere was die Geschäftsführung anbelangt, denn es ist bundesweit zu beobachten, dass die bisher vorwiegend ehrenamtlich betriebene Geschäftsführung angesichts der vielen Herausforderungen, die auch heute schon benannt worden sind, an ihre Grenzen stößt.

Mit der durch die direkte Förderung indizierten größeren Selbstständigkeit und Eigenverantwortung der Forstbetriebsgemeinschaften geht eben auch die Notwendigkeit einer besseren Administration einher.

Die Forderung des Antrags nach mehr Hilfen für diesen Bereich greifen wir gerne auf. Ganz kurzfristig wollen wir die Förderung der Geschäftsführung im Kontext der direkten Förderung erhöhen. Mit den Stakeholdern werden wir weitere Maßnahmen zur Strukturverbesserung im Rahmen eines Sofortprogramms angehen.

Die im Antrag thematisierte Evaluierung soll vor allem Optimierungspotenziale aufzeigen, um die Förderbedingungen zu verbessern sowie Antragstellung und Abwicklung kundengerechter zu gestalten. Unabhängig davon erfolgt ein ständiger Austausch zwischen meinem Haus und Wald und Holz NRW, um die Umsetzung der direkten Förderung zu optimieren.

Einige Fortschritte hat es in letzter Zeit auch durch die Nutzung digitaler Instrumente gegeben.

Um den Waldbesitz aber aktuell und umfassend über alle wesentlichen Schritte und Neuerungen zu informieren, werden wir das bundesweit beispielhafte Infoportal waldbauernlotse.nrw weiter nutzen.

Lassen Sie mich an dieser Stelle auf einen Punkt hinweisen: Eine Förderung ist immer den rechtlichen Rahmenbedingungen unterworfen – in diesem Fall

vor allem der Landeshaushaltsordnung, dem Wettbewerbs-, Steuer- und Beihilferecht. Die Vorgaben aus diesen Rechtsbereichen lassen eine Vereinfachung nur in engen Grenzen zu.

Die jetzigen Förderansätze, die wir bei uns in NRW haben, entsprechen denen des vorherigen Systems der indirekten Förderung. Wir sind führend bei der Unterstützung, bei der Betreuungsförderung des Privatkommunalwaldes mit einem Fördersatz von 80 % bzw. 90 % der Kosten der Betreuungsdienstleistungen bei Waldgenossenschaften.

Sie sehen: Wir nehmen die Sorgen von 152.000 Waldbesitzerinnen und Waldbesitzern sehr ernst, räumen der Unterstützung bei der Bewältigung der Extremwetterfolgen und der Hilfe beim Transformationsprozess eine hohe Priorität ein.

Ich empfehle daher, dem Antrag zuzustimmen, und danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall von der CDU und den GRÜNEN)

Vizepräsident Rainer Schmeltzer: Herzlichen Dank, Frau Ministerin Gorißen. – Mir liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Somit befinden wir uns am Schluss der Aussprache.

Die antragstellenden Fraktionen von CDU und Bündnis 90/Die Grünen haben direkte Abstimmung beantragt. Wir kommen somit zur Abstimmung über den Inhalt des Antrags Drucksache 18/964. Wer stimmt dem Antrag zu? – Das sind die Fraktionen von SPD, Bündnis 90/Die Grünen, CDU und FDP. Wer stimmt dagegen? – Niemand. Wer enthält sich? – Das ist die Fraktion der AfD. Damit ist der **Antrag Drucksache 18/964** mit dem von mir festgestellten Abstimmungsergebnis **angenommen**.

Wir kommen zum nächsten Tagesordnungspunkt:

6 Unterstützung jetzt! Wir brauchen eine solide Nachfolge für das 9-€-Ticket: „Ein Ticket für alle – 1 Euro pro Tag!“

Antrag
der Fraktion der SPD
Drucksache 18/973

Ich eröffne die Aussprache. Für die antragstellende Fraktion erteile ich der Kollegin Kahle-Hausmann das Wort.

(Beifall von der SPD)

Julia Kahle-Hausmann (SPD): Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen der demokratischen Fraktionen! Nahverkehrsticket für 29 Euro ist sehr beliebt – so lautete die Überschrift einer Presseberichterstattung vor gerade einmal zehn

Tagen. Dabei handelt es sich nicht um den Kommentar eines ÖPNV-begeisterten Redakteurs. Vielmehr war es ein Bericht über eine repräsentative Umfrage unter den Menschen in unserem Land.

Mobilität ist ein Grundbedürfnis der Menschen. Ohne Mobilität existiert keine Teilhabe an Arbeit, Bildung und Freizeit. Aber die Kosten dafür sind nicht erst mit Beginn der russischen Aggression gegen die Ukraine massiv gestiegen.

Die Preiskurven an den Tankstellen gingen lange steil nach oben, und nach dem Ende des Tankrabatts sind sie wieder stark angestiegen. Gerade heute Morgen – das haben Sie vielleicht gesehen – 1,929 Euro für Super und 1,949 Euro für Diesel. Das ist eine Momentaufnahme, klar. Klar ist aber auch, dass die Preise vermutlich für lange Zeit nicht mehr auf das Niveau von 2021 zurückfallen dürften. Um Mobilität zu ermöglichen, braucht es daher eine Lösung, die für große Teile der Bevölkerung bezahlbar ist.

Wir haben es erst gerade im Sommer erlebt: Mit dem 9-Euro-Ticket hat die Bundesregierung für drei Monate nicht nur die Neugier vieler Menschen erweckt, einmal mit Bus und Bahn durch Nordrhein-Westfalen oder durch ganz Deutschland zu fahren, es gab auch eine spürbare Entlastung bei den Mobilitätskosten. Viele Menschen konnten endlich die Reisen unternehmen, die sie sonst aus Geldmangel nicht hätten machen können.

Vollkommen zu Recht fordern jetzt viele, dass nach dem Ende des erfolgreichen 9-Euro-Tickets schnellstmöglich eine attraktive Nachfolgelösung gefunden wird. Aber wie?

Die explodierenden Energiekosten treiben uns alle weiterhin um und lassen vor allen Dingen bei den Durchschnittshaushalten die Sorge wachsen, wie sie zukünftig ihre Rechnungen bezahlen sollen. Das sind vor allem Menschen, die bislang ganz gut durchs Leben gekommen sind, jetzt aber trotzdem massiv überfordert sind. Das sind junge Menschen, die zu ihrer Ausbildungsstelle fahren müssen und für die ein Ticket bislang viel zu teuer oder zu kompliziert war, weil sie beispielsweise über die Grenzen von Verkehrsverbänden fahren müssen. Das kleine Auto für die Fahrt zur Ausbildungs- oder Arbeitsstelle ist wegen der Spritpreise oft keine Alternative.

Und was ist mit den vielen Alleinerziehenden, Rentnerinnen und Rentnern, Menschen mit geringer oder gar keiner beruflichen Perspektive, die dementsprechend wenig Einnahmen haben? Was ist mit Menschen mit Krankheiten, die anderweitige Einschränkungen haben, und Menschen mit Jobs, die viel zu schlecht bezahlt werden, die schon unter normalen Bedingungen jeden Euro umdrehen, bevor sie ihn ausgeben, und die jetzt gar nicht weiter wissen?

Das sind nur einige Beispiele von Lebenssituationen, die wir alle kennen und über die Menschen mir